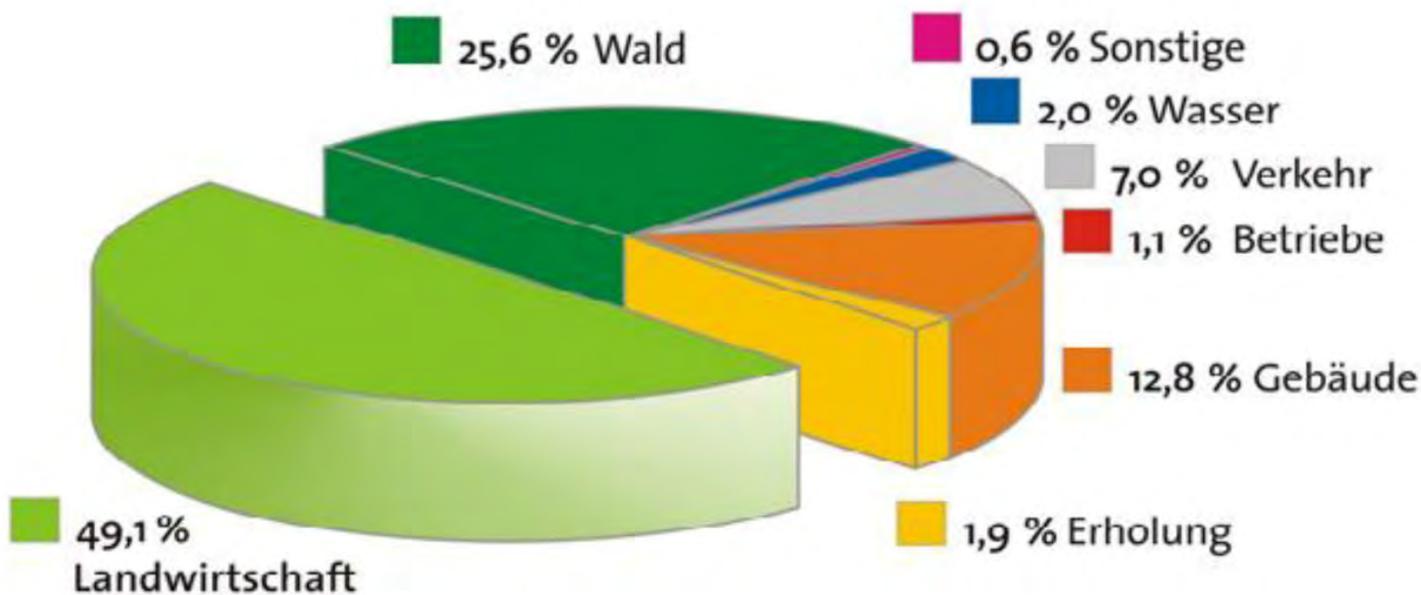


# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## LNF hat Bedeutung für die Biodiversität

### Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen 2011



[www.landwirtschaftskammer.de](http://www.landwirtschaftskammer.de)

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

GRUENE-KREIS-WESEL.DE

09.09.2015  
19:30 Uhr

Foto: Seybert/  
VSR-Gewässerschutz

## MEHR FLEISCH MEHR GÜLLE WENIGER LANDWIRTE?

Overkämping, Mittelstraße 62, Schermbeck

Podiumsdiskussion mit:

- Norwich Rüße, Mitglied des Landtages NRW
- Wilhelm Neu, Kreislandwirt
- Martin Ramschulte, AbL
- Dr. Michael Harenger, BUND
- Moderation: Andreas Vollmert, Best Words
- Welche Probleme bewirkt der Überfluss an Gülle?
- Welche Lösungen werden hierzu gesehen?
- Ist ein Umdenken bei der Landwirtschaft notwendig?

Vielen Dank BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Wesel, Holger Schöpel, Schustergrasse 3, 46514 Schermbeck

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

08

15.10.2015

TAZ.DIE TAGESZEITUNG DONNERSTAG, 15. OK

## Hendricks will Bauern zum Naturschutz verpflichten

**AGRAR** Ministerin schlägt vor, Subventionen nur noch gegen Umweltmaßnahmen zu zahlen

BERLIN taz | Sie hört sich kämpferisch an: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) mit ihrer „Naturschutz-Offensive 2020“: 311 Milliarden Euro erhielten die Landwirte in Europa zwischen 2014 und 2020 von der EU, „aus Steuermitteln, dafür, dass die Landwirtschaft betreiben“ – 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts. „Keine andere Branche erhält eine solche Unterstützung.“ Sie wolle diese „Privilegierung“ nicht mehr. Stattdessen sollen Landwirte ab der nächsten EU-Finanzperiode ab 2021 nur noch subventioniert werden, wenn sie „konkrete Leistungen im Naturschutz“ bringen. So sollte der „Schutz von Natur und Landschaft wieder nach vorne“ kommen, sagte Hendricks.

2007 hatte die damalige schwarz-rote Koalition bereits eine „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ verabschiedet. Doch eine Bestandsaufnahme zeigte nun, dass von vielem, was 2020 erreicht sein soll, Deutschland noch weit weg ist. Für den Bau von Fabriken, Häusern, Straßen wird weiter zu viel Natur zerstört: 30 Hektar pro Tag sollen es im Jahr 2020 höchstens sein, derzeit sind es aber noch 74 – also etwa die Größe von 100 Fußballfeldern.

Streuwiesen, Hecken, Feldraine oder extensiv genutztes Grünland, wo sich besonders viele und auch seltene

HANNA GERMANN

## 30 000 To

Bund Naturschutz v

**NÜRNBERG** – Die ko  
Landwirtschaft belaste  
Natur zunehmend mit  
Diesen Umstand bemängelt  
Naturschutz (BN).

Bundeslandwirtschaft Ilse Aigner und die Spitzernverbände dürften den satz nicht länger als „ord  
ßen Landbau“ verharmlosen. Der BN. Nur eine bessere A politik, ein dauerhaftes Spritzmittel, die Mensc  
welt gefährden, und der ökologischen Landbaus k  
gefährlichen Trend umkehr ist zumindest der BN-L

## 2. Inlandsabgabe an Pflanzenschutzmitteln

Tabelle 2: Mengen an Pflanzenschutzmitteln (Zubereitungen), aufgeschlüsselt nach Wirkungsbereichen

### Wirkungsbereich Inlandsabgabe 2014 (t)

Herbizide	53774
Herbizide ohne Kombination mit Düngern	52008
Herbizide in Kombination mit Düngern	1766
Fungizide, Bakterizide, Virizide	33186
Insektizide, Akarizide, Pheromone	5090
Wachstumsregler incl. Keimhemmungsmittel	6276
Sonstige Mittel	19417
Bodenentseuchungsmittel und Nematizide	37
Molluskizide	6875
Rodentizide	493
Wildabwehrmittel	237
Inerte Gase im Vorratsschutz	11588
<b>Pflanzenschutzmittel insgesamt</b>	<b>117743</b>
Pflanzenschutzmittel ohne inerte Gase	106155
davon Pflanzenschutzmittel, die im ökologischen Landbau einsetzbar sind	5690

**Quelle:** Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 2015

E.T. 18.5.  
elder 2013

höchster Gefahr

en massive schädliche für Umwelt und Arten-rluste von Wildpflanzen und anderen Nutzinspekt von Amphibien und ten dramatische Aus-ten. Ein weiteres Pro-artenreichtum sei die Monotonisierung der t.

tionsplan  
ert ökologische Vor-  
essere Schutzvorkeh-  
bote, um den Einsatz  
einzuschränken. Ein  
tionsplan“ wäre laut  
es Instrument. nn

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Montag, 12. Oktober 2015, 13:03 Uhr (Aus: Klimaretter.info)

## 30 Jahre warten auf Stickstoff-Abgabe

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die ökologische Rücksichtnahme der deutschen Agrarpolitik fällen das Umweltbundesamt und der Sachverständigenrat für Umweltfragen SRU. Anlass ist das 30-jährige "Jubiläum" des SRU-Gutachtens zu Umweltproblemen der Landwirtschaft. Seit 1985 kam noch eins hinzu: Der Beitrag der Landwirte zum Klimawandel.

Aus Berlin Jörg Staude

Was sich klimapolitisch langsam herumspricht, gilt unter Umweltxperten agrarpolitisch schon lange: Die Bundesrepublik ist kein Viererplus mehr. Ein Punkt, der sich in Brüssel nicht mehr eindeutig auf die Seite der UBA (Union für den Bauernbau) mit dem

Landwirtschaftliches Wochenblatt 4/2015; S.13

NACHRICHTEN

### Stickstoffeinträge im Fokus

Die Politik muss nach Ansicht des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) entschiederne gegen reaktive Stickstoffeinträge in die Umwelt vorgehen. Anlässlich der am vergangenen Mittwoch erfolgten Übergabe eines Sondergutachtens an Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks mahnte die stellvertretende SRU-Vorsitzende Prof. Karin Holm-Müller dazu eine Stickstoffstrategie an. Die Belastung der Umwelt mit reaktivem Stickstoff sei ein vielfach unterschätztes Problem, führte die Expertin aus. Die wichtigsten Ursachen seien die Düngung in der Landwirtschaft und die Verbrennung von Kohle, Öl oder Biomasse.

Wegen zu hoher Konzentrationen von reaktivem Stickstoffverbindungen in Luft und Gewässern verfehlt Deutschland dem SRU zufolge vielfach die Vorgaben der EU-Umweltpolitik. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass mindestens eine Halbierung der Stickstoffeinträge in Deutschland und der Europäischen Union notwendig ist, um Qualitätsziele zu erreichen. Kritik an dem Gutachten übte der Deutsche Bauernverband (DBV). Zur Verringerung von Stickstoffeinträgen in die Luft, den Boden oder das Wasser existiere bereits eine Vielzahl von Regelungen und Instrumenten auf nationaler und europäischer Ebene.



Foto: B. Lütke Hockenbeck

Eine eigene Stickstoffstrategie und die Halbierung der Stickstoffeinträge in Deutschland, das fordert der Sachverständigenrat für Umweltfragen.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



Kreis  
Steinfurt

## NACHRIFTEN

Welternährer oder Prügelknabe?



Eine spannende Diskussion versprechen die beiden Agrarexperten und Bundestagsabgeordneten Friedrich Osterdorff (Bündnis 90/Grüne) und WLV-Präsident Johannes Röring (CDU) (rechts im Bild).

SAERBECK/KREIS STEINFURT. „Landwirt 2030 – Welternährer oder Prügelknabe“ heißt die Überschrift zu einem Gespräch mit MdB Johannes Röring und MdB Friedrich Osterdorff. Mit den beiden Bundestagsmitgliedern hat das Junglandwirte-Forum Kreis Steinfurt zwei hochkarätige Gesprächspartner gefunden. Als WLV-Präsident und Mitglied im Agrarausschuss des Bundestages kennt sich Röring bestens in verbands- und agrarpolitischen Themen aus. Ebenso wie Osterdorff, der als agrarpolitischer Sprecher der Grünen und stellv. Vorsitzender des Agrarausschusses agiert. Beide werden sich am 16. November vorstellen und mit Junglandwirten über die Gegenwart und Zukunft der Landwirtschaft sprechen. Fragen sind hierbei ausdrücklich erwünscht: Gesetzesflut, Marktlage, Öffentlichkeitsarbeit ... kein Thema ist Tabu. Eingeladen sind Interessanten zum Gespräch im Bürgerhaus Saerbeck am 16. November um 19 Uhr. Eine Anmeldung ist erwünscht g bis zum 12. November unter Telefon 02 51/ 41 75 26 2 oder per E-Mail an: info@junglandwirteforum.de.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

1

Bad Sassendorf, 08.12.2014

## RAHMENVEREINBARUNG

zwischen

Westfälisch-Lippischem Landwirtschaftsverband e.V. (WLV)

Rheinischem Landwirtschafts-Verband e.V. (RLV)

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (LWK NRW)

und

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und

Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV)

zur

**Förderung der Biodiversität in Agrarlandschaften**

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

### 1. Stadt Münster

Hier ist wegen der geringeren Bedeutung und Flächenausdehnung der Landwirtschaft der Konflikt ohnehin weniger intensiv; es gibt keine „Runden Tische“ aber diverse Aktivitäten z. B. für Kiebitz und Feldlerche.

### 2. Kreis Steinfurt

Bislang hat kein „Runder Tisch“ stattgefunden (angeblich nun Mitte Mai).

### 3. Kreis Warendorf

Es hat bisher 3 „Runde Tische“ auch mit den Naturschutzverbänden gegeben. Darin ging es um durchweg sinnvolle Artenschutzmaßnahmen z. B. für Rohrweihe, Kiebitz, Schwalben und Knoblauchkröte. Der BUND WAF fasst jedoch zusammen: „*die intensive Landwirtschaft ist nun einmal das Hauptübel des Artenschwundes und das Prinzip der Freiwilligkeit führt ... nicht weiter.*“

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

### 4. Kreis Borken

Hier ist die Situation am schlimmsten. Dazu Rolf Souilljee, Vorsitzender des NABU-Kreisverbands Borken, am 3.2.2016 an den Landrat Zwicker:

*„Uns geht es um grundsätzliche Dinge, die es zu verändern gilt. ... es fehlt aus Sicht des NABU vielerorts der Wille zur Umsetzung, da augenscheinlich andere Gruppen gegenteilige Interessen haben und diese offenbar besser durchzusetzen verstehen, als der ehrenamtliche Naturschutz. ....*

*Beim Kreis Borken fallen den Menschen vor allem Schweine, Gülle und Biogasanlagen ein.“*

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

### 4. Kreis Borken

Ähnlich äußerst sich auch Henry Tünte, Sprecher der BUND-Kreisgruppe, unter der Überschrift „*Landwirtschaft im Kreis Borken braucht Paradigmenwechsel – Artenvielfalt erhalten, Grundwasser wirksam schützen!*“ gegenüber dem Kreis:

*„Die laufenden Beratungen („Runder Tisch“) auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Westfälischen und dem Rheinischen Landwirtschaftsverband, der Landwirtschaftskammer NRW und dem Umweltministerium (MKULNV), die im Konsensprinzip zu Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität in Agrarlandschaften führen sollen, greifen aus Sicht des BUND deutlich zu kurz und sind nicht geeignet, um durchgreifende Verbesserungen zu bewirken. Der BUND hat sich deshalb entschieden, unter diesen Voraussetzungen eine angestrebte gemeinsame Erklärung nicht mitzuunterzeichnen.“ ...*

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

### 5. Kreis Coesfeld

Hier ist die Situation wiederum ganz anders. Lange bevor die Landwirtschaftsverbände, die Kammer und das Umweltministerium ihre „Rahmenvereinbarung“ geschlossen hatten, haben die Vertreter der Naturschutzverbände das Thema „illegaler Ackernutzung“ aufgegriffen und bereits erste Erfolge erreicht – nachdem sich auch der Landrat damit beschäftigt hatte.

Darüber hinaus gibt es auch mehrere „Runde Tische“, in denen ähnlich wie im Kreis Warendorf auch über bestimmte Artenhilfsprogramme gesprochen wird.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Feldraine leiden an „Schwindsucht“

Was können Landwirte und Kommunen tun, damit Feld- und Wegeraine sowie Straßenränder wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleintiere bleiben? Bauern, Naturschützer und Behördenvertreter diskutieren am runden Tisch in Lüdinghausen.

Kreislandwirt Anton Holz und weitere Bauern hatten „Prüfspiel“ befürchtet. Doch der runde Tisch zum Thema „Artenvielfalt durch bunte Stämme und Randstreifen“ verlief anders, richtig kreativ. Nicht nur die Landwirte und Jäger, auch die Kommunen, der Straßenbau, die Bahn sowie die Schiffahrtsverwaltung sind aufgefordert, Straßen- und Wegeraine sowie die Böschungen besser zu schützen und naturverträglicher zu pflegen.

Mit diesem Eindruck endete am Dienstag der vergangenen Woche eine Veranstaltung in der Burg Vischering in Lüdinghausen. Eingeladen hatte die Untere Landschaftsbehörde (ULB) des Kreises Coesfeld, Landrat Konrad Pünning. „Das Thema Artenschutz stößt in der Bevölkerung auf großes Interesse. Wir müssen mehr tun, um die wertvollen Kleinbiotope entlang der Feldwege und Gewässer zu schützen.“

### Gründe für Schwindsucht

Josef Schäpers vom Landessamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) nannte drei Gründe, warum die Feldraine an Schwindsucht leidet:

■ Kommunen und Straßenbauverwaltungen machen oft die Ränder und Raine im Sommer oft mehrmals ab und lassen das Mähdut liegen.

■ Die Feldraine werden durch den Eintrag von Stickstoff und Pflanzenschutzmitteln beeinträchtigt.

■ Einige Landwirte nutzen wiederum öffentliches Eigentum, indem sie weit über die Grenze ackern.

Auf einer Fechttagung in Lengerich im August 2014 haben Natur- und Umweltschutzverbände einen Appell zum Schutz der Wege- und Straßenräder veröffentlicht. In den Kreisen Soest und Düren haben die Landschaftsbehörden kürzlich Aktionen zur Rückführung von überackernden Flä-



Wo Holunder, Weißdorn und Stauden an den Feldrändern wachsen, finden Rebhühner, Singvögel und Schmetterlinge Deckung und Nahrung.

Foto: Schäpers, Abstand

chen durchgeführt. Schäpers: „Im Kreis Soest konnten so etwa 200 ha Feld- und Ackerraine der Natur wieder zugeschaut werden.“

### Ideen und Forderungen

Auf dem Podium und im Bürgesaal wurde lebhaft, aber nie unklar diskutiert, wie man Flora und Fauna auf den Randstreifen wieder besser schützen kann. Dazu Hinweise, Ideen und Forderungen:

■ Nach dem Bundesartenschutzgesetz, dem Landschaftsgesetz NRW und weiteren Vorschriften sind Feldraine und Gewässerstrandstreifen umfassend geschützt. Doch Versöhnungshilft der Kreis Coesfeld bislang kaum, weil meistens die Beweise fehlen. „Ober-

Auflärung und Verständnis könnten wir mehr erreichen“, sagte ULB-Leiter Hermann Grönping.

■ Viele Gemeinden, der Straßenbau und die Bahn nehmen bislang wenig Rücksicht auf die Natur bei Pflege der Wege- und Straßenräder oder Böschungen. Häufig kommt im Sommer gemüht, wenn sich die Kinderstube der Tiere auf den Randstreifen aufläuft. „Das Mühlgrub müsste komplett runter, damit die Böden ausziehen und Blühstreifen wieder Raum erhalten“, sagte BUND-Kreisvorsitzender Bernd Brüning.

■ Naturschützer und Jäger ärgern sich häufig darüber, dass einige Landwirte vertraglich geschützte Blühstreifen entlang der Gewässer und Wege teils schon ab 1. Juli mulchen. „Der Hintergrund der Landwirtschaftskammer, die Streifen ab 1. Juli zu mulchen, ist eine große Dummbots“, so ein Landwirt.

■ Trifft es zu, dass zum Beispiel die Bauern in Düsseldorf

Armin Abstrand

### Pilotprojekte anlegen

Karl Weckendorf, Leiter des Hegesreichs Notulen-Havixbeck, griff diesen Vergleich sarkastisch auf. Der Jäger will in seiner Revier dennoch zunächst ein Pilotprojekt starten: „Landwirte, die einen Fahrplan für diesen Zweck zur Verfügung stellen möchten, melden sich bei mir.“



Bernd Brüning



Anton Holz



Hermann Grönping



Josef Schäpers

LWB, 50/14, 11.12.14

## Landwirtschaft am Wegesrand

DZ,  
10.2.2016

Dülmens Bauern nutzen rund 16 Hektar städtischen Grund ohne jede rechtliche Grundlage

Von Markus Michalak

**DÜLLEN.** Das bisschen Randstreifen in städtischem Eigentum neben meinem Acker fällt doch gar nicht auf, mag sich der ein oder andere Dülmer Landwirt in der Vergangenheit gedacht haben. Und bewirtschaftete die paar Meter am Rande seines Grundes gleich mit.

Nun ist es aber doch aufgefallen, nämlich einem Dülmer Bürger, der Stadt und Kreis Coesfeld Ende 2015 darauf aufmerksam gemacht, dass insgesamt ziemlich viele Flächen illegal der Natur entzogen und der Landwirtschaft zugeschlagen wurden.

Tatsächlich hat der Kreis Coesfeld auf diesen Hinweis reagiert, und insgesamt 300 Fälle von so genannten „Übernutzungen“ allein in Dülmen festgestellt. Hierzu wurde unter Anwendung eines geografischen Informationssystems und einer ergänzenden Luftbildauswertung eine Flächenkulisse für die Eigentumsflächen des Kreises Coesfeld und der Stadt Dülmen ermittelt.

Die weitere Auswertung der Daten ergab, dass allein in Dülmen mehr als 16 Hektar heimlich still und leise der Landwirtschaft zugefallen sind. Im gesamten Kreisgebiet fielen sogar rund 212 Hektar öffentlicher Grund auf diese Weise im Laufe der Zeit der Landwirtschaft zu.

Das will sich die Stadt Dülmen nun so nicht mehr länger gefallen lassen, und auf eine Einstellung der Fremdenverwaltung warten. „Weniger ist für den Naturschutz oft mehr“, hieß es.

Dabei will sich die Stadt



Mehr Acker als die Stadt erlaubt: Rot-weiße Pflöcke sollen den Landwirten signalisieren, wo für sie Schluss ist.

DZ-Foto: Kreis Coesfeld

nutzung städtischer Wege- und Seitenstreifen hinwirken, heißt es in einer Vorlage an den Bauausschuss, der das Thema am Donnerstag, 18. Februar, um 17.15 Uhr öffentlich diskutieren wird.

Die Untere Landschaftsbehörde schlägt ergänzend vor, diese Bereiche für alle sichtbar durch Pflöcke von dem eigentlichen Acker abzgrenzen. Vor Ort will die Verwaltung mit den Landwirten zunächst eine einvernehmliche Lösung anstreben. Die Stadtverwaltung sieht hier offenbar durchaus Konfliktpotenzial mit den bisherigen Nutzern der öffentlichen Flächen. „Es ist davon auszugehen, dass eine Rückgewinnung nicht immer ganz konfliktfrei gelingen kann“, heißt es in der Beschlussvorlage.

„Während der landwirtschaftliche Ertrag auf den schmalen Streifen als relativ gering einzuschätzen ist, kann der Effekt für den Arten- und Biotopschutz durch den hohen Vernetzungsgrad als hoch eingestuft werden.“

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Zusammenfassung:

1. Kleinere Artenschutzmaßnahmen sind – kofinanziert durch das MKULNV – durchaus sinnvoll, lösen aber die zentralen Probleme der Agrarindustrie nicht.
2. Das Aufbauen weiterer Anlagen zur Massentierhaltung (vor allem Puten und Schweine) ist inakzeptabel.
3. Durch geeignete Definitionen der GFP („gute fachliche Praxis“) muss der inzwischen um 50% (BOR, ST, COE) bzw. 40% (WAF) liegende Maisanteil an der Ackerfläche stark reduziert werden.
4. Die weitere Vernichtung von Grünland ist definitiv zu stoppen.
5. Alle Münsterlandkreise sind gehalten, die illegale Ausdehnung der Äcker auf strassenbegleitende Flächen zu beenden.
6. Das „Greening“ muss seinen Namen verdienen.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Und wie?

Ziemlich vollmundig hat Umweltminister Remmel am Mittwoch (WN) und vorhin den Entwurf des neuen Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) verteidigt.

Zwar kann er nicht die EU-Agrarpolitik ändern, wohl aber viele Weichenstellungen auf.

Dazu gibt es im LNatSchG so einige Ansätze – auch hinsichtlich der etlichen Rückschritte (wie die Aufhebung der Windkraft-Repräsentanten in die Landesvertretungen). Nun gespannt sein, was davon loskommt.

## Remmel will Fakten schaffen

WN, 24.2.2016  
NRW-Minister verschärft gegen viele Widerstände das Wasser- und Naturschutzgesetz

Von Frank Polke

**DÜSSELDORF/MÜNSTER.** Sinkende Umfragewerte, drohender Machtverlust in Düsseldorf: Die Grünen in der NRW-Landesregierung erhöhen den Druck, um noch vor der Landtagswahl im nächsten Jahr zentrale politische Vorhaben durchzusetzen. Nach dem Jagdgesetz und dem Landesnaturschutzgesetz will NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) jetzt die Reform des Landeswasserschutzes mit aller Macht und gegen Widerstände vor allem aus dem ländlichen Raum durchsetzen.

Konkreter will Remmel

künftig Betriebserlaubnisse für Kühlsysteme und wasserintensive Produktionsprozesse nur noch befristet erteilen. Daran entzündet sich massive Kritik der NRW-Industrie, vor allem der Chemiebranche. „Dieses Gesetz ist leider ein erneuter Beleg dafür, dass Teile der Landesregierung mit überzogenen umweltrechtlichen Vorgaben den Erhalt und die Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen gefährden“, kritisieren der Präsident der Unternehmensverbände NRW, Horst-Werner Maier-Hunke. Zudem soll die landwirtschaftliche Nutzung von

Uferrandzonen bei Seen und Flüssen stark eingeschränkt werden. Auch im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Abwasserpilzes will das grün geführte Ministerium schärfere Regelungen für das Land durchsetzen. Bei der Reform des Landesnaturschutzgesetzes beharrt Remmel ebenfalls auf seiner harten Linie. So sollen 15 Prozent der Fläche in NRW-verbündlich als Biotop-verbund ausgewiesen werden. Dagegen wendet sich der Präsident der Unternehmensverbände NRW, Horst-Werner Maier-Hunke. Zudem soll die landwirtschaftliche Nutzung von

Grundbesitzerverband NRW. „Wir können die Aufrégung nicht verstehen, da faktisch schon heute 15 Prozent der Fläche als Biotopverbände sind“, reagiert ein Remmel-Sprecher mit Unverständnis. Das Land will den Rückgang der Artenvielfalt stoppen. Bei vielen Betroffenen wächst jetzt die Angst, dass die Grünen bis zur Landtagswahl Fakten schaffen könnten, die die Nutzung des Eigentums vor allem im ländlichen Raum weiter erschweren. Nach Umfragen haben SPD und Grüne im Moment keine Mehrheit in Düsseldorf, rechnerisch ist eine große Koalition möglich.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Erhalt der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft Steuerungsmöglichkeiten des Maisanbaus und der Grünlandintensivierung

Runderlass des MKULNV an die ULB vom 30.9.2014

„Die in diesem Runderlass dargelegten ordnungsrechtlichen Maßnahmen stellen allerdings nur das ‚letzte Mittel‘ der Wahl dar. Die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz muss auch weiterhin vorrangig im Sinne des bewährten Kooperationsprinzips erfolgen... Das vorrangige Ziel des Umweltministeriums ist dabei, dass die nachfolgend aufgezeigten ordnungsbehördlichen Maßnahmen **nicht** ergriffen werden müssen...

*Sofern dies (guter Erhaltungszustand lokaler Populationen oder Rückgang des Maisanbaus mit erheblichen negativen Folgen usw.) nicht durch die vorgenannten Schutzmaßnahmen sichergestellt werden kann, ordnet die zuständige untere Landschaftsbehörde gegenüber den verursachenden Landwirten die erforderlichen Bewirtschaftungsvorgaben an...*



3. Grüne Artenschutzkonferenz 27.2.2016

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Was machen die „Landverbände“?

1. WLV, RLV, Waldbauern, Jäger usw. haben auf Landesebene das „**Aktionsbündnis Ländlicher Raum**“ gegründet, mit dem sie seitdem gegen das LNatSchG polemisieren.
2. Die enorme Nitratbelastung des Grundwassers im Münsterland wird zwar nicht grundsätzlich bestritten, wohl aber „relativiert“ und das „Weiter so“ auf freiwilliger Basis gefordert.
3. Der Deutsche Bauernverband bekämpft verbissen jede weitere Verbesserung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen und die Landesverbände ziehen durchweg mit.

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

## Experten für strengere Düngeregeln

LANDWIRTSCHAFT Berater der Bundesregierung kritisieren Rechentricks für Bauern

BERLIN taz | Gleich drei Beratergremien der Bundesregierung fordern schärfere Regeln für die umweltschädliche Überdüngung als von der Großen Koalition geplant. In einem offenen Brief kritisieren der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik und der für Düngeregeln den Entwurf der neuen Düngeverordnung. Sie erlaubt Milchviehbetrieben, 15 bis 25 Prozent weniger Stickstoff und Phosphat in ihre Nährstoffbilanzen einzurechnen, als sie tatsächlich auf ihren Äckern und Wiesen ausbringen. Damit will die Regierung berücksichtigen, dass etwa bei der Ernte und Lagerung ein Teil des nährstoffhaltigen Maises oder Heus verloren geht. Ohne eine solche Vorschrift würden viele Betriebe

nachweislich mehr als die erlaubten, 60 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr in die Umwelt abgeben.

Überdüngung ist der Hauptgrund dafür, dass viele Grundwasservorkommen mit der

**Bei Verstößen muss der Bauer zunächst zur Zwangsberatung**

Stickstoffverbindung Nitrat belastet sind, die sich im menschlichen Körper teils in giftiges Nitrit umwandelt. 2010 lagen laut Umweltbundesamt 14 Prozent der Grundwasser-Messstellen über dem Trinkwasser-Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Zudem trägt Stickstoff

im Meer zu starkem Wachstum von Algen bei, das raubt anderen Arten den Sauerstoff zum Leben. Düngung schädigt auch das Klima, weil Lachgas frei wird – ein 300-mal aggressiveres Treibhausgas als Kohlendioxid. Dennoch bringen die Landwirte im Schnitt je Hektar und Jahr etwa 100 Kilogramm mehr Stickstoff aus, als die Pflanzen aufnehmen können.

Deshalb begrüßen die Regierungsberater, dass die geplante Verordnung künftig die Düngung mit Gäresten aus Biogasanlagen begrenzen würde. Weiterhin loben die Experten den Plan, die Zeiträume zu verlängern, in denen die Bauern nicht düngen dürfen. Anklang findet ebenso, dass die Obergrenze von 60 Kilogramm Stickstoffüberschuss anders als bisher

auch durchgesetzt werden soll. Bei Verstößen muss der Bauer zunächst zur Zwangsberatung, wenn das nicht hilft, drohen Bußgelder. Doch gerade diese Regelung würde verwässert, wenn die von der Regierung angestrebte Methode zur Berechnung der Nährstoffbilanzen angewandt würde, so die Wissenschaftler.

Die 15 bis 25 Prozent Bonus für Nährstoffverluste seien „unangemessen hoch“, schreiben sie. Einer der Berater, der Kieler Agrarpfessor Friedhelm Taube, hält allenfalls 10 Prozent für akzeptabel. Außerdem kritisieren die Wissenschaftler, dass Bauern die Wissenschaftler strengere Regeln:

„Zu großzügig“ sei auch die Vierstundenfrist, um Gülle ins



Zum Glück geruchslos: Bild einer Gülldüngung in Thüringen Foto: imago

Erdreich einzuarbeiten. Beträge sie nur eine Stunde, würde viel weniger Ammonium frei, das indirekt den Klimawandel fördert. Auch für Phosphat fordern die Wissenschaftler strengere Regeln:

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt verteidigt den Regierungsentwurf. Die geplante Verordnung stelle einen „ange-

messenen Ausgleich zwischen Umweltinteressen einerseits sowie interessengerechten und praktikablen Lösungen für die Landwirtschaft andererseits sicher“, heißt es aus dem Ministerium. „Die Änderungen dürfen die Landwirtschaft und vor allem die kleineren Betriebe nicht mit überzogenen Forderungen belasten.“ JOST MAURIN

**Merke: Je häufiger die Medien über die zahllosen Missstände berichten, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass sich Grundlegendes ändert.**

## Die Ems ist der deutsche Problemfluss

Zu viel Schlick, zu wenig Sauerstoff

LEER/BORKUM 371 Kilometer von der Quelle bis zur Mündung – darmit ist die Ems einer der längsten Flüsse, die komplett durch Deutschland strömen. Von Nordrhein-Westfalen durch Niedersachsen führt ihr Weg bis ins Wattmeer. Von der Weser und 22 Prozent an der Elbe. Das hat das Bundesumweltministerium kürzlich errechnet.

► STICKSTOFFE: Die Ems ist Negativ-Spitzenreiter der deutschen Flüsse, in denen die Nährstoffeinträge verringert werden müssten. 48 Prozent weniger Stickstoffe sollten es an der Ems sein, 30 Prozent an der Weser und 22 Prozent an der Elbe. Das hat das Bundesumweltministerium kürzlich errechnet.

► ÜBERDÜNGUNG: Die Folgen von Überdüngung, vor allem durch die Landwirtschaft, reichen bis in den Küstenraum. Algenärger könnten sich ausbreiten und den Lebensraum etwa der Seegräsern stören, so der niedersächsische Landesbetrieb NLWKN. Abgestorbene Algenbiomasse könnte zu Sauerstoffmangel am Meeresboden und zu „schwarzen Flecken“ im Watt führen.

► SCHLUCK: Mit der Flut strömt mehr Schlick aus der Nordsee in den Fluss hinein als mit der Ebbe wieder heraus. Große Schlickmengen werden flussaufwärts gedrückt und müssen jährlich mit Millionenaufwand ausgebaggert werden. Durch die vielen Schwebstoffe ist das Wasser stellenweise extrem trüb.

► WASSERQUALITÄT: Trotz Richtlinien und anderer Maßnahmen ist der Sauerstoffgehalt der Ems gesunken. Im Sommer könnten Fische in der Unter-Ems wegen Atemnot kaum leben, heißt es bei der Umweltstiftung WWF. Ap

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



Quelle: WN Heek 24.1.2015

# Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Wer weiß – vielleicht ändert sich ja sogar die EU-Agrarpolitik?

Oder wir bekommen TTIP & CETA, dann können wir allerdings den Rest weitgehend vergessen!

